

Bude, 62, hat einen Lehrstuhl für Makrosoziologie an der Universität Kassel. Er ist spezialisiert auf die Deutung deutscher Gegenwartsphänomene.

SPIEGEL: Herr Bude, Sie halten Stimmungen in der Politik für entscheidender als Argumente. Wie kommen Sie darauf?

Bude: Da müssen wir nur um uns schauen: In unserem Land herrscht seit einiger Zeit eine Stimmung absoluter Gereiztheit, die angesichts der Flüchtlingsfrage nun offensichtlich wird. Die Menschen streiten sich darüber bis aufs Messer, in nahezu allen Familien und Freundeskreisen, quer durch alle Milieus. In den sozialen Medien kursieren Schmähungen; Redaktionen und auch wir Gesellschaftsforscher erhalten üble Briefe und E-Mails. Es geht um alles Mögliche in dieser Auseinandersetzung, nur nicht um Argumente.

SPIEGEL: Aber das liegt doch an der großen Ratlosigkeit: Wir wissen nicht, wie wir mit der Flüchtlingsfrage umgehen sollen.

Bude: Die Logik der Gereiztheit, die sich darin ausdrückt, war lange vorher da – sie ist der Ausdruck einer grundsätzlichen Anspannung unserer Gesellschaft.

SPIEGEL: Was wollen Sie damit sagen?

Bude: Es gibt zwei Gruppen im Land, die ganz unterschiedlich in die Zukunft blicken: Auf der einen Seite stehen jene, die ich die heimatlosen Antikapitalisten nenne. Sie hadern mit der Ökonomisierung der Gesellschaft. Dazu zählen auch Mittelständler, die auf dem Finanzmarkt, gegen den sie wüten, gutes Geld verdienen. Auf der anderen Seite finden sich die entspannten Systemfatalisten, all jene, die unsere gesellschaftlichen Entwicklungen als gegeben hinnehmen. Sie blicken komplett unterschiedlich gestimmt auf die Welt, und genau das ist die Ursache für den andauernden Zustand zermürender Gereiztheit.

SPIEGEL: Die einen haben Angst, die anderen zucken lässig mit den Schultern, so ist es nun mal.

Bude: In diesem Streit geht es um eine grundsätzlich unterschiedliche Auslegung unserer Welt: Leben wir in einer gefährdeten Welt, vielleicht sogar in einer, die ihre Zukunft verbaut? Oder in einer offenen Welt, die eine vielversprechende Zukunft enthält? Angela Merkel kann den Widerspruch dieser beiden Stimmungen im Moment nicht auflösen.

SPIEGEL: Sie schreiben in Ihrem Buch, dass Stimmungen für das Gelingen von Politik oft entscheidend sind*. Allerdings gibt es genug Beispiele für den Einfluss von Vernunft und Augenmaß in der Politik.

Bude: Aber auch die sind Ausdruck einer speziellen Stimmung. Unsere Stimmung

* Heinz Bude: „Das Gefühl der Welt – Über die Macht von Stimmungen“. Carl Hanser Verlag, München; 160 Seiten; 18,90 Euro. Erscheint am 14. März.



„Die verbaute Zukunft“

SPIEGEL-Gespräch Der Soziologe Heinz Bude über die Macht von Stimmungen in der Politik. Er sieht einen Konflikt zwischen Antikapitalisten und Fatalisten, der das Land lähmt.

verortet uns in der Welt, alles, was um uns herum geschieht, sehen und empfinden wir durch diesen Filter. Man kann nicht gestimmt sein, so hat es der Philosoph Martin Heidegger gesagt. Jeder kennt das: An manchen Tagen strahlt alles in glücklichem Licht, andere erscheinen derart finster, dass plötzlich auch die großen Fragen im Raum stehen: Ist der ganze Lebensentwurf vielleicht verkehrt? Stimmungen berühren das Selbst eines Menschen, sie stellen seine Maßstäbe und Wünsche auf den Prüfstand. Ebendarum schüttelt die Flüchtlingsfrage unsere Gesellschaft nun derart durch. So sehr, dass auch die Zukunftsgewandten nicht mehr weiterwissen. Eine Begegnung im Zug von Kassel nach Berlin hat mir diese Stimmung beispielhaft verdeutlicht.

SPIEGEL: Erzählen Sie.

Bude: In Wolfsburg stieg ein Ingenieur zu, Angestellter bei VW, Jahrgang 1964, Vater von zwei Kindern, ein typischer Vertreter eines aufgeschlossenen, leistungsfähigen, politikinteressierten Milieus. Er erzählte mir, dass er Angela Merkels Flüchtlingspolitik anfangs unglaublich mutig fand, sich aber nicht vorstellen könne, bei der nächsten Bundestagswahl die CDU zu wählen.

SPIEGEL: Das geht im Moment vielen so.

Bude: Aber er war ratlos. Die Grünen waren keine Alternative für ihn und auch nicht die SPD. Ich fragte ihn, ob er gar nicht wählen wolle. Seine Antwort: Keine Ahnung. So drückte er es wirklich aus. Er sagte mir auch, dass in seinem gebildeten Elternhaus nun fremdenfeindlich angehauchte Sätze zu hören seien, wie er sie nie für möglich gehalten habe. Diese Erfahrung zeigt es im Kern: Wir befinden uns in einer riesigen Stimmungsirritation. Wir suchen Antworten auf die Frage, in welchem Land wir denn nun eigentlich leben. Im Grunde zerrt diese Frage seit 1999 an unserer Gesellschaft.

SPIEGEL: Wie kommen Sie auf das Datum, ist nicht das Jahr 1989 mit dem Mauerfall für uns viel bedeutender?

Bude: 1999 erschien im Magazin „Economist“ ein langer Artikel, der berühmt wurde, weil er Deutschland als Problemfall Europas charakterisierte: ein Land, das Kühlschränke und Autos produziert, sich gegen die zukunftssträchtige Dienstleistungsgesellschaft und Finanzindustrie aber sperrt. So war es ja auch. Doch dann wurde Deutschland trotzdem die dominierende Wirtschaftsmacht Europas und wahrscheinlich auch die mächtigste – ohne dass die Masse der Bevölkerung das jemals verstanden oder gewollt hätte. Im Gegenteil: Die Idee, wir könnten mit einem Mal die Richtung vorgeben, verschreckte uns Deutsche.

SPIEGEL: Finden Sie das angesichts der Zeit des Nationalsozialismus in unserer Geschichte nicht verständlich?

Bude: Es war auch bequem. Wir wollten uns mit dem Konfliktpotenzial möglicher Verantwortung nicht auseinandersetzen. Es sollte uns gut gehen – aber bitte als defensiver Mittelmacht. Stattdessen verkörpert wir plötzlich einen Hegemon, einen kaltherzigen zudem, der sich an internationalen Kampfeinsätzen beteiligt und Griechenland die Sparpläne diktiert. Es war ein Geschenk von Macht und Einfluss, aber ein großer Teil der Bevölkerung reagierte darauf so gereizt, wie man auf unerwünschte Geschenke eben reagiert. Sie sagen einem nichts oder sind einem lästig. **SPIEGEL:** Im vergangenen Sommer waren die Deutschen aber nicht kaltherzig, im Gegenteil.

Bude: Als im September so viele Deutsche die Flüchtlinge hilfsbereit empfangen haben, entspannte sich die gereizte Stimmung im Land erst einmal; der Hegemon hatte sich als großherzig entpuppt, das setzte versöhnliche Gefühle frei. Aber heute wissen wir nicht, ob wir im Eifer dieser Großherzigkeit damals unseren Untergang besiegelten. Es ist ja denkbar, dass Europa

„Wir ergründen zu wenig, welche Probleme in den Protesten gegen Flüchtlinge ihr Ventil finden.“

in drei Jahren auseinanderbricht – und für diesen Fall sind die Verantwortlichen schon ausgemacht: wir Deutschen und unsere Bundeskanzlerin. Dann hätte uns das ungewollte Geschenk in den Abgrund geführt. Wir erleben gerade eine kollektive Stimmung der verbauten Zukunft.

SPIEGEL: Aber den Zahlen nach geht es dem Land gut. Die Arbeitslosigkeit ist unverändert niedrig, die Wirtschaftsleistung wächst, die jüngsten Zahlen des Bundeshaushalts weisen einen Überschuss aus.

Bude: Deutschland geht es im Augenblick wahnsinnig gut. Und zahlreiche Städte und Kommunen leisten bei der Aufnahme der Flüchtlinge gute Arbeit. Die Bundeskanzlerin aber war einmal ein Sinnbild gelassener Zuversicht mit ihrer Botschaft, dass sich alle Probleme Schritt für Schritt lösen lassen. Nun steht sie für eine Lage, die außer Kontrolle zu geraten droht. Selbst Anhänger ihrer Politik, wie der Ingenieur im Zug, vertrauen nicht mehr darauf, dass sie die Stimmung der verbauten Zukunft auflösen wird. Solange dies so ist, zählen Sachargumente kaum. Ohne die entsprechende Stimmung findet politisches Handeln niemals den gewünschten Widerhall. Gerhard Schröder etwa setzte diese Erkenntnis mit großem Geschick und Gespür um.

SPIEGEL: Inwiefern?

Bude: Gleich am Anfang, als er 1998 die SPD mit der Formel von der neuen Mitte

in die Bundestagswahlen führte. Sie war eine Einladung an alle, die sich unterrepräsentiert fühlten: Migranten, Ostdeutsche, Frauen. Er sprach zuweilen ziemlich überheblich von Frauen und Gedöns, aber er stellte ihre Rolle trotzdem ins Zentrum der Gesellschaft. Das kam nach fast zwanzig Jahren mit Helmut Kohl einem Aufbruch gleich. Auch der Wahlsieg von Willy Brandt 1972, der höchste der SPD bei Bundestagswahlen überhaupt, war natürlich ein Stimmungssieg. Brandt verkörperte das Bedürfnis, nach all den Nachkriegsjahren mit heimatbezogenen CDU-Kanzlern endlich die Fenster zur Welt zu öffnen. Rückblickend lässt sich fast jedem Jahrzehnt ein Stimmungswechsel zuordnen.

SPIEGEL: Das klingt fast zu schematisch, um wahr zu sein.

Bude: In den Fünfzigern dominierte bei uns ebenso wie in den USA ein Frank-Sinatra-Gefühl der sentimental Abgründe: Man war dem Krieg entronnen, man trank, man rauchte. In den Sechzigerjahren der Aufbruch in eine neue Modernität; die Siebzigerjahre bereiteten mit dem vorläufigen Ende des Wirtschaftsaufschwungs die Bewegung des Punk vor, die mit dem Motto „no future“ den Achtzigerjahren eine Stimmung gab. Das ist vereinfacht zusammengefasst, aber es zeigt, wie politische Entwicklung und Lebensgefühl zusammenspielen. Und weil das so ist, werden bei uns erst einmal weiterhin Pegida-Demonstrationen durch die Straßen laufen. Man darf darüber nicht verbittern, wir müssen die zugrunde liegende Stimmung verstehen. Ein Teil der Misere besteht darin, dass wir zu wenig darüber nachdenken, welche Probleme in den Protesten gegen die Flüchtlinge nun ihr Ventil finden. Davon gibt es trotz der guten Wirtschaftslage genügend. Es ist ja nicht alles nur Stimmung in Deutschland.

SPIEGEL: Welche tiefer liegenden Probleme vermuten Sie denn hinter der Ablehnung von Flüchtlingen?

Bude: Unsere Gesellschaft driftet auseinander. Zu den Verlierern zählen die viel beschriebenen Hartz-IV-Empfänger und prekär Beschäftigten – aber auch bislang kaum beachtete Teile der deutschen Mittelklasse. Darunter zahlreiche Akademiker, die zwar in Arbeit stehen, aber nicht dort angekommen sind, wo sie landen wollten. Viele fühlen sich durch den Wandel in der Arbeitswelt degradiert: Da kommt ein junger Berater in die Firma und teilt dem langjährigen Abteilungsleiter mit, dass nun alles anders wird. Die Gruppe beschämter und verbitterter Männer und Frauen aus der Mitte unserer Gesellschaft ist in den vergangenen Jahren still, aber rasant gewachsen. Jetzt eröffnet ihnen die Flüchtlingsfrage eine Bühne, die sie aus ihrer Schweigespirale herausholt und auf der sie sich endlich Gehör verschaffen wollen. Protagonisten der herrschenden Stimmung

sind diejenigen, die gewillt sind, ihr Gefühl der Welt offen zu kommunizieren.

SPIEGEL: Wen zählen Sie noch zu den Verlierern?

Bude: Die Männer und Frauen im Dienstleistungsproletariat – Menschen, die zum Beispiel nachts die Busse putzen und dann 900 Euro im Monat nach Hause bringen. Viele sind Nichtwähler und hatten noch nie die Idee von einer besseren Zukunft; sie machen 12 bis 14 Prozent der Bevölkerung aus. Da sie im sogenannten Jedermann-Arbeitsmarkt ihr Geld verdienen, betrachten sie die Flüchtlinge realistischerweise als eine Konkurrenz. Und dann ist da noch eine Gruppe, im Kleinbürgertum beheimatet, sie tritt selbstgerecht auf. Dort sammeln sich Menschen, die solide arbeiten, in der Generationenfolge ihrer Familien relativ erfolgreich sind und glauben, ihr geordnetes Leben könne zerbrechen, weil unbekannte Fremde ins Land kommen. Bislang waren solche Leute in der CDU und CSU stabil gebunden, sie stellen zwischen 10 und 15 Prozent ihrer potenziellen Wähler. Dieser Block wird durch Angela Merkels flüchtlingsfreundliche Politik im Moment gerade weggesprengt.

SPIEGEL: Sollte die Kanzlerin auf jene zugehen, die sich als Verlierer fühlen?

Bude: Angela Merkel wirkt, als habe sie Angst vor den Ängsten der Leute. Damit zementiert sie die Stimmung der verbauten Zukunft. Aber sie steckt auch in einer Falle: Weil Argumente im Moment nicht zählen, würde sie unter Umständen noch mehr verlieren, wenn sie auf die Ängste vor Fremden eingeht.

SPIEGEL: Vielleicht wäre aber auch genau das Gegenteil der Fall.

Bude: Möglich. Tatsächlich gibt es ein solches Gegenbeispiel: Vor der zweiten Obama-Wahl haben seine Wahlkämpfer die Unentschiedenen gezielt aufgesucht. Vielleicht wäre das auch etwas für Deutschland, bei den Verbitterten an die Tür klopfen und fragen: „Du hast doch auch etwas zu sagen. Oder nicht? Dann sag es mir.“ Mehr muss man gar nicht machen.

SPIEGEL: Meinen Sie, so ließe sich der Hass zügeln, mit dem Menschen Brandsätze auf Asylbewerberheime werfen oder, wie jüngst in Clausnitz, Flüchtlinge bedrängen?

Bude: Da liegt wahrscheinlich die Grenze von Kommunikation – jedenfalls, wenn die NPD bei solchen Vorfällen mitmischte. Ideologisch begründeter Rechtsextremismus ist ein so komplexes Phänomen, dass Worte allein nicht dagegen ankommen. Aber die Masse der Flüchtlingsgegner in diesem Land ist nicht rechtsextrem, sondern unzufrieden. Also hätten die etablierten Parteien bei ihnen eine Chance.

SPIEGEL: Und was genau sollten deren Politiker tun?

Bude: Sie sollten angstfrei wirken. Die Angst sei das Einzige, was es zu fürchten



ROBERT LEBECK/PICTURE PRESS

Regierungschef Brandt bei einer Zugreise 1973: Die Fenster zur Welt öffnen



HEINRICH VOELKEL / OSTKREUZ

Bundeskanzler Schröder beim Hochwasser in Sachsen 2002: Einladung an die Ostdeutschen



KEYSTONE

Punks in der Hamburger Hafenstraße um 1983: „No future“ als Motto



RALPH GOLDMANN / PICTURE ALLIANCE

Solidaritätsbekundung für Flüchtlinge in Düsseldorf 2015: Nervöse Euphorie

gelte, hat der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt 1933 gesagt. Er hatte verstanden, dass Politiker den Ursprung von Ängsten in einer Gesellschaft anerkennen müssen, dass sie diese Ängste aber niemals populistisch aufgreifen und verstärken dürfen. Im Gegenteil: Politiker müssen Ängsten jene Grenzen aufzeigen, die eine Zivilgesellschaft ausmachen; Menschlichkeit, Anstand, Würde.

SPIEGEL: Was raten Sie den Medien, die von AfD-Anhängern und Pegida-Demonstranten als Lügenpresse beschimpft werden?

Bude: Die Journalisten könnten den Vorwurf selbst dann nicht aus dem Weg räumen, wenn sie ständig über den Alltag dieser Menschen berichteten. Solche Menschen fühlen sich in ihrer Lebenswirklichkeit verkannt und in ihrem Selbstbild gekränkt, der Vorwurf ist Teil ihrer psychischen Verfasstheit. Außerdem sprechen sie dem klassischen Journalismus die Existenzberechtigung ab. Damit, und das ist ja ein grundsätzliches Problem, stehen sie nicht allein: Journalisten haben immer versucht, die Welt zu deuten. Heute meinen viele, sie könnten diese Rolle selbst übernehmen, weil das Internet sie mit Informationen versorgt und in die Lage versetzt, sich öffentlich zu äußern.

SPIEGEL: Neulich stellte sich heraus, dass die angeblich entführte 13-jährige Tochter einer russlanddeutschen Familie in Berlin, anders, als es erst hieß, nicht von arabischen Männern missbraucht wurde. Eine Passantin sagte daraufhin einem Reporter des Norddeutschen Rundfunks: „Wahrheit oder nicht – ich glaube die Geschichte.“

Bude: Solche Haltungen sind weit verbreitet, sie belegen nahezu lehrbuchhaft die Theorie der kognitiven Dissonanz: Widerspricht ein Sachverhalt den eigenen Überzeugungen, hält man noch stärker an ihnen fest. Wir haben einmal Pegida-Demonstranten nach den größten Problemen Deutschlands gefragt. Einer von ihnen verwies dann auf die GEZ.

SPIEGEL: Auf die Gebühreneinzugszentrale des öffentlich-rechtlichen Rundfunks?

Bude: Das klingt wie Satire, war aber ernst gemeint. Dieser Mann leitete das ganze Unheil seines Daseins, die ganze vermeintliche Ungerechtigkeit staatlicher Gewalt, letztlich sein Weltbild, von der Gebührenpflicht ab. Man findet im Netz ja heute jede Form von irrsinniger Weltverschwörung, insofern liegt in der Abwendung vom klassischen Journalismus auch eine Gefahr. Anders als eine Zeitung ist das Netz ein ungeordneter Stimmungsraum – ein Materiallager, das es Populisten ermöglicht, krude Thesen mit dem Verweis auf die angebliche öffentliche Meinung zu legitimieren. Gäbe es in Deutschland jemanden,

der wie Marine Le Pen in Frankreich eine heterogene Gruppe aus verbitterter Mittelklasse, abstiegsgefährdetem Kleinbürgertum und Dienstleistungsproletariat hinter sich sammeln könnte, wäre ich alarmiert. Wir müssen Vorsorge treffen.

SPIEGEL: Das ist allerdings leicht gesagt.

Bude: Es muss Politikern gelingen, die Stimmung der verbauten Zukunft zu wenden. Sie müssen die sich abzeichnenden Anfänge einer Gegenstimmung aufgreifen. Anders als vor einigen Jahren wollen die meisten Menschen einen Staat, der sich kümmert. Und sie wollen verlässliche Lebensmodelle. Die Zeit des Neoliberalismus ist ebenso vorüber wie der Glaube an die Beliebigkeit der Postmoderne.

SPIEGEL: Es fehlen aber die politischen Hoffnungsträger. Wer sollte denn diese Stimmung Ihrer Meinung nach aufgreifen?

Bude: Frank-Walter Steinmeier und Winfried Kretschmann übernehmen die Rolle bereits in Teilen, sie zählen interessanterweise gerade zu den beliebtesten Politikern. Kretschmann steht für den Grundsatz, dass ein politisches Gemeinwesen ne-

„Alle fragten, warum wir plötzlich Spezialisten für Fremdenfreundlichkeit seien.“

ben allem Klein-Klein noch eine andere Dimension hat. Er vermittelt, dass man als Mensch nicht halt- und beziehungslos in dieser Welt agiert, dass man die Dinge zusammenführen muss und nicht auseinanderkrachen lassen darf; er hat in dieser Hinsicht eine fast spirituelle Ausstrahlung.

SPIEGEL: Und der Außenminister?

Bude: Steinmeier verkörpert die Botschaft, dass man in einer Situation scheinbarer Ausweglosigkeit handlungsfähig bleiben kann. Dass wir in der Mitte Europas auch mit Schurken reden müssen und uns dadurch moralisch nicht degradieren. Putin, Assad oder der „Islamische Staat“ werden so schnell nicht verschwinden. Anders als allgemein angenommen müssen Politiker in erster Linie ja nicht Probleme lösen, sondern sich stellvertretend für die Bevölkerung in der Welt zurechtfinden. Sie müs-

sen Wege aufzeigen, die es allen erlauben, mit den Problemen umzugehen. Vielleicht brauchen wir diese neue Form von Optimismus, die darin besteht, das Leben tatkräftig anzugehen – selbst wenn man weiß, dass nicht alles zum Besten verlaufen wird.

SPIEGEL: Tun die Bürger das nicht längst selbst? So viele haben in der Flüchtlingskrise angepackt und geholfen.

Bude: Wir haben gemerkt, dass wir in einer Zivilgesellschaft leben, die belastbar ist. Dass wir in Deutschland eine Willkommenskultur entwickeln konnten, hat viele Menschen sehr überrascht. Ich war im Oktober bei einer Tagung an der Princeton University zum Thema Fremdenfeindlichkeit, ich war der einzige Deutsche. Alle fragten mich, warum wir plötzlich Spezialisten für Fremdenfreundlichkeit seien.

SPIEGEL: Was haben Sie geantwortet?

Bude: Ich habe an die Fußballweltmeisterschaft von 2006 erinnert, wo lauter Deutsche, die wie Türken aussahen, plötzlich deutsche und türkische Fahnen geschwenkt haben. Die meisten erinnerten sich an dieses Bild kultureller Offenheit; und es ist ja auch unverrückbar in unserem kollektiven Gedächtnis verankert. Diese Fußballweltmeisterschaft hat die anfangs so freundliche Aufnahme der Flüchtlinge gewissermaßen vorbereitet. Ehrlicherweise habe ich aber auch gesagt, dass die Stimmung bei Ankunft der Flüchtlinge in Deutschland eine nervöse Euphorie war.

SPIEGEL: Die Deutschen schienen zum Teil selbst nicht glauben zu können, wie großzügig sie sich da gebärdeten.

Bude: Tatsächlich fehlte damals eine Prise Realismus. Das hat uns nicht zuletzt das Beispiel Köln gelehrt.

SPIEGEL: Welche Schlüsse ziehen Sie denn aus den Vorfällen am Silvesterabend?

Bude: Diese Nacht ist zu einem symbolischen Datum geworden, das wir anerkennen müssen. Wir können die guten Erfahrungen mit unserer Zivilgesellschaft nur behalten, wenn wir unser Bild des konzeptionellen Flüchtlings ein wenig korrigieren.

SPIEGEL: Was wollen Sie damit sagen?

Bude: Der konzeptionelle Flüchtling ist der, den wir gefeiert haben: ein verfolgter Mensch, der sein Glück sucht und etwas dafür zu tun bereit ist. Da ist uns mit Recht das Herz aufgegangen. Nun gilt es zu akzeptieren, dass diese Beschreibung auf manche nicht zutrifft. Sich das einzugestehen, müssen wir ebenso aushalten wie einen möglichen zweistelligen Sieg der AfD bei den Landtagswahlen. Nur dann können die großartigen Erfahrungen aus den vergangenen Monaten zu tragfähigen Erinnerungen der Gemeinsamkeit werden, aus denen sich die Identität einer Zivilgesellschaft speist.

SPIEGEL: Herr Bude, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



WERNER SCHÜRING / DER SPIEGEL

Bude beim SPIEGEL-Gespräch*

„Man kann nicht nicht gestimmt sein“

* Mit den Redakteurinnen Katja Thimm und Cordula Meyer in Berlin.